

Bern, 28. November 2013

Zusatzinformation für die Medien

Schadenminderung und Repression – zwei sich ergänzende Säulen der Drogenpolitik

Die konstruktive Zusammenarbeit zwischen Suchthilfe und Polizei zeitigt in der Stadt Bern seit Jahren grossen Erfolg. Während in der Stadt Bern in den 1980 und 1990er Jahren ein tiefes gegenseitiges Misstrauen zwischen der Drogenhilfe und der Polizei herrschte, ist diese Haltung in den letzten Jahren der Überzeugung und der Praxis gewichen, dass die Gesundheit und soziale Integration von Abhängigen sowie die Ordnung und die Sicherheit im öffentlichen Raum nur in Kooperation erreicht werden können. Der öffentliche Raum ist durch die Angebote der Schadenminderung entlastet und die Gesundheit und soziale Integration von Abhängigen wurde massiv erhöht. Die Polizei sorgt für Sicherheit und Ordnung auf Berns Gassen und Plätzen.

Die heute sehr gut funktionierende Zusammenarbeit zwischen Suchthilfe und Polizei ist in der Stadt Bern seit Jahren Garant für eine Verbesserung der Gesundheit und sozialen Integration von Abhängigen sowie eine erhöhte Sicherheit im öffentlichen Raum. Möglich machte dies ein koordiniertes und aufeinander abgestimmtes Vorgehen, gewachsen aus der sich in den 1990er Jahren durchgesetzten Überzeugung, dass im Suchtbereich keiner der Beteiligten die Wahrheit für sich gepachtet hat. Die Säulen Schadenminderung und Repression sind im Umgang mit Drogen- und Alkoholabhängigen im öffentlichen Raum voneinander abhängig. Sie ergänzen sich in ihren Aufgaben und Kompetenzen. Erfolgreich sind sie nur, wenn sie sich gegenseitig absprechen und unterstützen. Erfolgsfaktoren dafür sind die Bereitschaft zum Dialog, gemeinsam ausgehandelte Rahmenbedingungen und Interventions-strategien.

In der Arbeit von Polizei und Suchthilfe gibt es Überschneidungen und Abgrenzungen: Gemeinsam ist ihnen die Zielgruppe der Konsumierenden von illegalen Drogen und das Ziel der Entlastung des öffentlichen Raums. Doch während die Polizei für die Strafverfolgung und die Ahndung zuständig ist, setzt sich die Suchthilfe für die Gesundheit und die soziale Integration der Abhängigen ein. Der Erfahrungsaustausch sowie gemeinsame Weiterbildungen fördern eine unbürokratische und auf Vertrauen basierende Zusammenarbeit ohne die jeweiligen Aufträge zu untergraben oder zu verwischen.

Ein kritischer Faktor für das Gelingen dieser Zusammenarbeit bildet die Politik. Gemeinsames Handeln an der Front bedingt klare Rahmenbedingungen und eine suchtpolitisch kohärente Haltung von oben. Dazu braucht es den politischen Willen sowie die notwendigen Gefässe.

Nutznieser der institutionalisierten Politik des Dialogs und gegenseitigen Respekts sind alle: das Gemeinwesen, die Abhängigen, die Nachbarschaft von Hilfseinrichtungen, die Suchthilfe, die Justiz und die Polizei bis hin zum Steuerzahler, da dieser durch die gute Zusammenarbeit „sein Geld“ effizient eingesetzt bekommt.

Grundsätzlich gilt: Die Kooperation und Durchlässigkeit zwischen den Säulen ist im öffentlichen Interesse und der Betroffenen und soll weiterhin gestärkt werden.

Weitere Informationen für die Medien:

- **Jakob Huber**, Geschäftsleiter Contact Netz, Tel. 031 378 22 20, jakob.huber@contactmail.ch
- **Manuel Willi**, Chef Regionalpolizei Bern, Tel. 031 634 70 05, manuel.willi@police.be.ch